

Pressemeldung - Internationale Münchner Friedenskonferenz

Datum: 22.02.2022

1,5°C und Nukleare Abrüstung sind unsere Überlebenschance

Nachbetrachtung zur 20. Internationalen Münchner Friedenskonferenz

#PeopleNotProfit

Emily Z. Binding, Sprecherin der Fridays for Future München beurteilte in 10 Punkten die Zukunftsfähigkeit des Koalitionsvertrages in Bezug auf die Klimakrise. „Punkt 1: An sich können wir ihn so wie er ist in die Tonne hauen, und es würde auch keinem wehtun. Denn wenn er genauso umgesetzt wird, wie die Bundesregierung sich verpflichtet hat, es zu tun, werden wir in 2025 weiter von der Einhaltung der 1,5 ° Grenze entfernt haben. Der Koalitionsvertrag ist nicht 1,5° kompatibel.“ Die Generation von Emily Z. Binding wird die erste Generation sein, die nicht die Lebensqualität haben wird wie die vorherige Generation. Die 1,5° sind ihre Überlebenschance. Dies ist eine Herausforderung, die wir zusammen mit Wissenschaft, Zivilcourage und Engagement meistern können.

YOLO – You Only Live Once

Oberbürgermeister Dieter Reiter zusammen mit der Münchner Friedenskonferenz fordert von der Bundesregierung den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag bis 2024. „Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und langanhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Das gilt es unbedingt zu vermeiden!“ so Dieter Reiter im [Münchner Appell](#).

„Mission of No Return“ könnte man den Einsatz deutscher Soldat*innen bezeichnen, die unter der Befehlshoheit der USA Nuklearwaffen von Deutschland aus Richtung Osten fliegen. Der Sprit heutiger wie auch zukünftiger Atombomber reicht nur bis an die Grenze von Russland, bis nach Kaliningrad. An dieser Grenze soll laut Militärszenarien aus den 1960er Jahren Russland mittels Nuklearwaffen darin gehindert werden, weiter ins Herzen Europas vorzudringen. Florian Eblenkamp von ICAN führte die Chancen und die aktuellen Entwicklungen des Atomwaffenverbotsvertrages aus. Die Logik der nuklearen Abschreckung kontrarierte er mit dem „YOLO-Prinzip“ – You Live Only Once.

Wir brauchen eine neue Ostpolitik

Die Internationale Münchner Friedenskonferenz spricht sich für ein Moratorium der Aufnahme weiterer Staaten in die NATO aus. Thomas Rödl, Referent der Expertenrunde am 19.02.2022 zum Thema „Ist die Ampel friedens- und zukunftsfähig?“ sieht in der Ost-Expansion der NATO seit 1990 die Hauptursache für den aktuellen Ukraine-Konflikt. Bereits am 18.02.2022 beim Internationalen

Forum mit den Themen „Wir brauchen eine neue Ostpolitik“ und „Die Uhr tickt: Erderwärmung und Atomkrieg“ war der Russland-Ukraine-Konflikt ein zentrales Thema.

Matthias Platzeck, Ministerpräsident a.D. schlug in seinem Videostatement vor, die Realitäten - so wenig sie uns gefallen mögen – als Ausgangsbasis zu nehmen, um Möglichkeiten für Kooperation und Verständigung auszuloten. Weiter führte er aus, dass Putin 2001 im Deutschen Bundestag und 2007 auf der Münchner Sicherheitskonferenz darauf hinwies, dass Russland seine Sicherheitsinteressen durch die Ausdehnung der NATO bis an seine Grenzen bedroht sieht. Platzeck verwies auf Egon Bahr, der vor Jahren bereits betonte, dass es „ohne oder gegen Russland auf diesem Kontinent keine friedliche Zukunft geben wird“. „Und heute“, so Platzeck weiter „ernten wir die Früchte dieser Realitätsverweigerung“.

Sicherheit ist unteilbar

Arvid Bell, Wissenschaftler und Gründer der Negotiation Task Force am Davis Center für Russian and Eurasian Studies an der Harvard Universität erinnerte an die „Charta von Paris“. Darin sprachen sich 1990 Regierungschefs europäischer Staaten wie auch der USA und Russlands für ein neues Europa und ein Ende der Teilung Europas aus. In der Charta von Paris gibt es zwei Argumentationslinien, die auch zusammen betrachtet werden müssen: „In diesem Zusammenhang bekennen wir uns zum Recht der Staaten, ihre sicherheitspolitischen Dispositionen frei zu treffen.“ Und ebenso wichtig die Aussage „Sicherheit ist unteilbar, und die Sicherheit jedes Teilnehmerstaates ist untrennbar mit der aller anderen verbunden.“ Der Westen hätte seit 1990 dafür Sorge tragen müssen, dass Putin keinen Grund habe, in die Ukraine einzumarschieren. Bell war weiter der Ansicht, dass im Ukraine Konflikt geopolitische und menschenrechtsbasierte Positionen vermischt werden.

Deutsch-russischen Beziehungen im Koalitionsvertrag

Thomas Rödl analysierte die Aussagen im Koalitionsvertrag unter anderem zum Umgang mit Russland. Die Passage beginnt sehr vielversprechend: „Die deutsch-russischen Beziehungen sind tief und vielfältig. Russland ist zudem ein wichtiger internationaler Akteur. Wir wissen um die Bedeutung von substantiellen und stabilen Beziehungen und streben diese weiterhin an.“ (Koalitionsvertrag 5201 ff) Rödl fragt, ob dies nur eine wirkungslose, plakative Forderung oder ob daraus eine konstruktive Politik abzuleiten sei. „Die jahrelangen Sanktionen gegen Russland waren wirkungslos und sprechen eine andere Sprache“, so Rödl. Andreas Zumach sprach auf der Münchner Friedenskonferenz zum Thema „Auswege aus der Konfrontation mit Russland“ und fragte nach den Interessen der USA: „Was sind die Interessen der politischen und sicherheitspolitischen Eliten in Washington im Ukraine Konflikt?“ Zumach sprach sich für eine Intensivierung der Kontakte zur Zivilbevölkerung in Russland und der Ukraine mit Städtepartnerschaften und kulturellem Austausch aus. München ist Partnerstadt von Kiew.